

LEHMANN **f** **forum**

Nr. 92
drei 06

Hamburger Metallerrinnen + Metaller

GROSS

am 21. Oktober in Berlin

DEMO

Wie viel Umverteilung verträgt das System?

Verkehrung kapitalistischer Logik

Steuern: Abkassiert wird bei uns

die Regierung verschenkt Geld



Rekordjahr für die Metallindustrie

für die ArbeitnehmerInnen bleibt nur wenig übrig

2 Impressum

3 DGB fordert Kammer-Fonds gegen Lehrstellkrise in Hamburg

die Kammern sollen von ihren Betrieben eine Lehrstellenumlage kassieren

Führungswechsel bei der IG Metall Hamburg

Eckard Scholz hat die Leitung der Verwaltungsstelle Hamburg übernommen

4 Wirtschaftlichkeit und sozialer Auftrag

Diskussion, über die Verwendung des erwirtschafteten Überschusses der Bundesagentur für Arbeit, ausgelöst

5 Rekordjahr für die Metallindustrie

der Industrie geht es immer besser, aber für die ArbeitnehmerInnen bleibt nur wenig übrig

6 Steuern: abkassiert wird bei uns

die Regierung hat Geld verschenkt

7 Großdemo in Berlin

21. Oktober 2006

8 Was sucht die Bundeswehr im Kongo?

Antikriegstag 1. 9. 2006

10 Wie viel Umverteilung verträgt das System?

längst ist es zu einer Verkehrung kapitalistischer Logik gekommen

13 Was hat Doping im Sport, mit uns im Betrieb zu tun?

in der Gesundheitspolitik sind wir die VerliererInnen

14 Es kommt immer dicker

jedenfalls wenn wir uns nicht wehren

14 Lesetipps

Arbeit, Kapital und Staat - Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft

ein kleines Stück Freiheit - Eine Kindheit in Ramallah

Die Geschichte der Fußball Weltmeisterschaften

Impressum

Kontakt

Detlev Bohlmann
IG Metall Hamburg
Besenbinderhof 60 (Ebene 12)
20097 Hamburg
Tel.: 0 40/28 58-539
Fax: 0 40/28 58-560
E-Mail: labuschoen@onlinehome.de

Erscheinungsmonat

Oktober 2006, 29. Jg.

Redaktion

Thomas Feldmann und Gerd Labusch
Tel.: 0 40/4 30 25 88
Betrieb Tel.: 0 40/6 45 81-231
Fax: 0 40/6 45 81-770

Gestaltung

Britta Tralau, Hamburg

Druck

Druckerei Zollenspieker Kollektiv GmbH
21037 Hamburg

V.i.S.d.P.

Eckard Scholz
IG Metall

Abo:

Wer forum zukünftig zugeschickt bekommen möchte, wende sich mit Angabe der Stückzahl und Adresse an Gerd Labusch.
E-Mail: labuschoen@onlinehome.de
Für Mitglieder der IG Metall versenden wir forum kostenlos, für alle Anderen gegen Erstattung der Versandkosten.

DGB fordert Kammer-Fonds gegen Lehrstellkrise in Hamburg

Der Deutsche Gewerkschaftsbund Hamburg hat am Dienstag die Kammern aufgefordert, von ihren Betrieben eine Lehrstellenumlage zu kassieren. Das berichtet NDR 90,3. Nach den Vorstellungen des DGB soll dieses Geld an die Unternehmen gehen, die Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Hamburgs DGB-Chef Erhard Pumm kritisierte, Wirtschaft und Hamburger Senat rechneten sich das Lehrstellenangebot schön. Tausende Jugendliche drehten seit Jahren Warteschleifen und hofften bisher vergeblich auf Ausbildungsplätze.

»Uns fehlen heute etwa 5 000 Ausbildungsplätze und im Jahr 2010

wird ein Doppeljahrgang von Abiturienten die Schulen verlassen. Das sind noch einmal 5 000 Leute«, erläuterte Pumm. Die Ausbildungsmisere werde sich in den nächsten Jahren daher enorm zuspitzen. Wenn diese AbiturientInnen auf den Lehrstellenmarkt kämen, dann gingen vor allem Haupt- und RealschülerInnen leer aus, befürchtet Pumm. Das vergrößere »den Druck im Kessel« noch. Schon jetzt seien 71 % aller Hamburger BewerberInnen dieses Jahres Jugendliche, die sich schon seit Jahren erfolglos um eine Lehrstelle bemühten.

Deshalb fordert Pumm mehr politischen Druck. Die Senatsinitiative

für 1000 zusätzliche Lehrstellen sei zwar positiv, zeige im Ergebnis aber, dass die Selbstverpflichtung der Unternehmen nicht funktioniere. Wenn nun von allen Betrieben eine Umlage kassiert würde, um sie an diejenigen Firmen zu verteilen, die ausbilden, dann könnten die Ausbildungskosten gesenkt und der Anreiz auszubilden erhöht werden. Der DGB-Chef sagte, dass nur noch 16 % der Hamburger Betriebe ausbildeten. Damit liege Hamburg im Vergleich zu anderen Städten ganz weit hinten.

IG METALL WAP

Führungswechsel bei der IG Metall Hamburg

Am 1. August 2006 hat Eckard Scholz (48) die Leitung der Verwaltungsstelle Hamburg übernommen. Mit rund 40 000 Mitgliedern und über zwanzig hauptamtlich Beschäftigten ist die IG Metall Hamburg die größte Verwaltungsstelle im Bezirk Küste.

Als Erster Bevollmächtigter und Geschäftsführer vertritt Eckard Scholz die Interessen der Mitglieder aus den Branchen Metall und Elektro, Textil und Bekleidung sowie Holz und Kunststoff. Der gelernte Feinmechaniker ist seit Beginn seiner Ausbildung im Jahre 1975 Mitglied der IG Metall. Als Jugendvertreter und Betriebsrat im Dräger Werk in Lübeck hat er sich bereits in jungen Jahren für die Rechte der ArbeitnehmerInnen eingesetzt.

Nach seinem Studium an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg, mit dem Ab-

schluss als Diplomsozialwirt, wurde Eckard Scholz 1986 Gewerkschaftssekretär in Lübeck und zwei Jahre später zum Ersten Bevollmächtigten und Geschäftsführer der IG Metall Lübeck gewählt. 1994 wechselte er nach Hamburg und war fünf Jahre als Bezirkssekretär in der Bezirksleitung Küste tätig. Anfang 2000 wurde ihm die Leitung des Funktionsbereichs Mitglieder beim Vorstand der IG Metall in Frankfurt übertragen. Während seiner vierjährigen Tätigkeit in Frankfurt war sein Lebensmittelpunkt weiterhin bei seiner Familie an der Küste. Im Jahr 2004 wurde Eckard Scholz zum Zweiten Bevollmächtigten und Geschäftsführer der IG Metall Hamburg gewählt. Dieses Amt hat er bis zu seiner Wahl zum Ersten Bevollmächtigten ausgeübt.

»Die IG Metall ist eine starke Gemeinschaft. Tausende Kollegin-

nen und Kollegen in Betrieben, Wohnbereichen oder Gremien leisten [...] ehrenamtliche Gewerkschaftsarbeit. IG Metall-Mitglieder haben flächendeckend kompetente Ansprechpartner, das ist unsere Stärke«, sagte Eckard Scholz kürzlich auf einer Veranstaltung in Hamburg. »Die Verwaltungsstelle der IG Metall Hamburg soll ein lebendiger Mittelpunkt und Anlaufstelle für alle IG MetallerInnen sein. Unsere Aufgabe ist es, unseren Mitgliedern mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und allen Aktiven in der IG Metall einen umfangreichen Service zu bieten. Gemeinsam werden wir auch weiterhin erfolgreich sein und noch mehr Mitglieder gewinnen«, so Scholz zur Perspektive der IG Metall Hamburg, die [...] auf steigende Mitgliederzahlen verweisen kann.

IG METALL HAMBURG

Wirtschaftlichkeit und sozialer Auftrag

zwei Seiten einer Medaille oder zwei von einander unabhängige Teile?

Die Bundesagentur für Arbeit wird in diesem Jahr einen Überschuss von mehr als 5 Milliarden Euro erwirtschaften, was sofort eine Diskussion über die Verwendung dieses Geldes ausgelöst hat.

In einem Interview mit der Welt vom 21. August 2006, nimmt Frank Weise, der Chef der Bundesagentur dazu Stellung. Aus seiner Sicht besteht kein Anlass zur Euphorie, da er für 2007 wieder ein schwieriges Jahr erwartet. Er sieht aber auch in den Reformen durch die Hartz-Gesetze einen Grund für diesen wirtschaftlichen Erfolg. Gleichzeitig macht er aber auch deutlich, dass er noch weitere Sparpotentiale sieht:

»die Politik muss überlegen, ob sie das Geld nicht viel früher investieren möchte«

»Wir geben sehr viel Geld für Jugendliche aus, um den Schritt von der Schule ins Berufsleben zu fördern. Das sind jedes Jahr rund sechs Milliarden Euro. Aber nur jeder Fünfte der geförderten Jugendlichen findet nach all diesen Maßnahmen einen Arbeitsplatz. Die Politik muss überlegen, ob sie das Geld nicht viel früher investieren möchte. Wir sollten nicht warten, bis ein 22-Jähriger zu uns kommt, der kein Deutsch spricht, denn dann ist es meist zu spät. Es wäre besser, das Geld schon viel früher für einen 15-Jährigen in der Schule auszugeben. Leider stoßen wir hier an die Hoheit der Länder, die für die Bildung zuständig sind. Aber immerhin haben wir sieben Pilotprojekte auf die Beine stellen können.«

Auf die Frage, ob es noch andere Beispiele gibt, setzt Herr Weise fort: »Wenn ein junger Mensch lernbehindert ist, kann er Anspruch darauf haben, stationär im Berufsförderungswerk ausgebildet zu werden, über drei Jahre lang. Das kostet 120 000 Euro, die we-

nigsten finden aber hinterher einen Job. Die Politik muss entscheiden, ob sie diese Maßnahmen aus sozialpolitischen Gründen dennoch möchte. Ich kann nur vorrechnen, was es kostet und was es bringt.«

Leider verwechselt Herr Weise hier Berufsbildungswerke und Berufsförderungswerke, die einen sind für Jugendliche, die anderen für erwachsene Behinderte Menschen zuständig, die aus gesundheitlichen Gründen ihren alten Beruf nicht mehr ausüben können. Berufliche Rehabilitation ist der Fachbegriff. Doch das ist nicht der entscheidende Fehler dieser Aussage, vielmehr ist es das Prinzip, seine Hände in Unschuld zu waschen.

In der Evaluierung der Hartz-Gesetze I bis III wird folgendes festgestellt: »Unklar bleiben [...] die Ziel- und Zukunftsausrichtung der Bundesagentur für Arbeit: Ist das Ziel die Integration der Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt (auch wenn diese kostenintensiv ist) und die Zufriedenheit der Agentur Kunden oder ist das Ziel ein ausgeglichener Haushalt bzw. die Einsparung weiterer Mittel? Wird der sozialpolitischen Funktion mehr Bedeutung zu kommen oder der fiskalischen? Unklar ist hierzu auch die Haltung der Bundesregierung. Auch für 2006 gibt es keine Kontraktvorgaben dazu: Der Bundesagentur wird kein inhaltlicher sozialpolitischer Auftrag erteilt und für die bloße Ausführung der Gesetze genüge die Rechtsaufsicht« (Sozialpolitische Information von IG Metall und verdi S. 120)

Prof. Sell fasst das bei der Vorstellung der Evaluation wie folgt zusammen: »Sozialpolitische Entleerung der Politik der Bundesagentur, indem die Institution rationalistisch ausgerichtet wird, während die Kunden keinen Rechtsanspruch mehr haben.«

Das ist das eigentliche Problem

des Überschusses der Bundesagentur, dessen Verwendung jetzt zur Debatte steht. Leider geht der Chef der Bundesagentur Frank Weise auf diese Probleme in dem Interview nur am Rande ein, statt dessen bedient er Vorurteile, die zur Zeit ohne sie zu Hinterfragen überall zur Geltung kommen.

So ist es auch nicht verwunderlich, dass man den Inhalt dieses Interviews und die Verwendung des Überschusses unterschiedlich bewerten kann. Aus wirtschaftlicher Sicht ist klar, dass der Überschuss nicht an die zurückgegeben wird, die ihn tatsächlich durch ihren Verzicht erwirtschaftet haben, nämlich diejenigen, die unter den Einsparungen am meisten zu leiden hatten und haben. Vielmehr sollte der Überschuss fiskalisch für schlechtere Zeiten genutzt werden.

Aus sozialpolitischen und gesellschaftlichen Gründen gibt es aber sehr viel sinnvolle Dinge in die investiert werden könnte.

»Erstausbildung von jungen Menschen mit Lernbehinderungen ist kein Gnadentakt«

Die Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, Karin Evers-Meyer, macht in ihrer Pressemitteilung deutlich, dass die Erstausbildung von jungen Menschen mit Lernbehinderungen kein Gnadentakt sei, der sich nach der jeweiligen Kassenlage richten könne. Vielmehr sei der Nachteilsausgleich »eine gesamtgesellschaftliche Pflichtaufgabe.« Ergänzend sei noch gesagt, dass dieses aus unserer Sicht natürlich auch für Menschen ob Jung oder Alt gilt, die auf Grund von Behinderungen benachteiligt sind oder ihren alten Beruf nicht mehr ausüben können.

Die Behindertenbeauftragte macht aber auch noch deutlich, dass Herr Weise in dem Interview falsche Zahlen verwendet. Nach ihrer Recherche liegen die reinen Ausbildungskosten ohne Unter-

bringung bei 42000 bis 61000 Euro, bei zweijährigen Ausbildungen sogar nur bei 28000 bis 41000 Euro. In den von Herrn Weise genannten Berufsförderungswerken finden überwiegend zweijährige Ausbildungen statt.

Weiter heißt es in der Presseerklärung: »Nach meinen Informationen, die inzwischen auch von der Bundesagentur bestätigt wurden, finden knapp 50% der Jugendlichen nach der Ausbildung im Berufsbildungswerk (BBW) eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.«

»fahrlässig handelt, wer jetzt in einen Sparaktionismus verfällt«

In der Bundestagsdebatte über den Überschuss der Bundesagentur, weist die Vorsitzende des Bildungs- und Forschungsausschusses des Bundestages, Frau Ulla Burchardt, noch auf weitere Punkte hin: »Fahrlässig handelt, wer jetzt in einen Sparaktionismus verfällt oder unfinanzierbare Beitragsgeschenke verspricht. Die Koalition muss die Zeichen der

Zeit erkennen und den Weiterbildungsbereich endlich auf Vordermann bringen. Nur eine konzentrierte Weiterbildungsoffensive kann Deutschland noch vor dem Verlust der Innovationsfähigkeit und einem Fachkräftemangel schützen.«

»die berufliche Weiterbildung wurde in den letzten Jahren kaputt gespart«

Weiter sagt sie, dass die Überschüsse der Bundesagentur nicht dadurch erwirtschaftet werden dürfen, dass die aktive Arbeitsmarktpolitik zurückgefahren würde. Wörtlich heißt es: »Die berufliche Weiterbildung wurde in den letzten Jahren kaputt gespart und so systematisch zerschlagen.« Nicht nur die TeilnehmerInnenzahlen seien dramatisch gesunken, sondern die Vergabepaxis der Bundesagentur habe sich verheerend auf die regional gewachsenen Strukturen im Weiterbildungsbe- reich ausgewirkt. ExpertInnen beziffern die Arbeitsplatzverluste bei den Weiterbildungsträgern auf eine Größenordnung zwischen

30000 und 40000 Stellen. Auch das BFW Hamburg eine Institution der beruflichen Rehabilitation war massiv davon betroffen.

Als Alternative zur Sparpolitik benennt Frau Ulla Burchardt das Nachholen von Schul- und Berufsabschlüssen. Wörtlich heißt es: »Erwachsene ohne Abschluss brauchen eine zweite Chance. Und es muss eine umfassende Aufstiegsförderung für alle Berufsgruppen geben.« Auch gelte es dringend die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters bildungspolitisch zu flankieren. »Ohne eine Weiterbildungsoffensive gibt es auch nicht mehr Beschäftigung für Ältere, sondern mehr Arbeitslosigkeit und Altersarmut für Bildungsbenachteiligte.«

Dem ist eigentlich nichts mehr hinzu zu fügen, außer der eingangs gestellten Frage: Wirtschaftlichkeit und sozialer Auftrag, zwei Seiten einer Medaille oder zwei von einander unabhängige Teile?

REDAKTION

Rekordjahr für die Metallindustrie

Der Metallindustrie geht es immer besser: Aufträge, Produktion und Umsätze steigen. Doch für die ArbeitnehmerInnen bleibt bisher nur wenig übrig.

Die positive wirtschaftliche Entwicklung aus dem ersten Halbjahr setzt sich fort. Trotz des hohen Eurokurses steigt der Export und auch im Inland werden wieder mehr Waren verkauft. Die Entwicklung zeigt, dass sich der gute Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie positiv auswirkt und den Aufwärtstrend unterstützt. Das zeigen die folgende Trends.

Das Exportgeschäft boomt, Umsatz und Produktion steigen. Auch für die Zukunft sieht es gut aus: Die Auftragsbücher sind voll und die Kapazitätsauslastung ist gestiegen. Aufgrund der gestiegenen Produktivität sinken die Lohnstückkosten. Die positive Wirtschaftsentwicklung könnte nur durch den hohen Euro und die steigenden Ölpreise gebremst werden.

Von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung profitierten bisher nur die Unternehmen und deren EigentümerInnen. Da bleibt wenig für die Beschäftigten übrig. Doch es gibt einen Lichtblick: Erstmals seit zehn Jahren ist die

Zahl der Arbeitsplätze gestiegen. Im Juni 2006 waren 10000 Beschäftigte mehr in der Branche tätig als vor einem Jahr. Die nächsten Monate werden zeigen, ob die Unternehmen die gute wirtschaftliche Lage zum Aufbau von Arbeitsplätzen nutzen. Eine Ausweitung von Überstunden wäre die falsche Reaktion. Die Gretchenfrage für 2007 ist, inwieweit die Mehrwertsteuererhöhung den Aufschwung stoppen oder gar zum Stillstand bringen wird.

IG Metall-Wirtschaftspolitik

Steuern: Abkassiert wird bei uns

Die Regierung sagt, sie braucht mehr Steuereinnahmen. Kein Wunder. Rot-Grün hat Geld verschenkt. Unter tätiger Mithilfe von CDU/CSU.

Der Steuernachlass für Wohlhabende und Millionäre kostet jährlich über zehn Milliarden Euro. Ein EinkommensmillionärIn zahlt gegenüber 1998 heute 100 000 Euro weniger. Jedes Jahr! Aktiengesellschaften und GmbHs wurden ebenfalls beschenkt. Das kostet jedes Jahr weitere 20 Milliarden Euro. Rund 30 Milliarden Euro sollen jetzt durch Steuererhöhungen wieder hereinkommen. Nahe liegend wäre einzusehen, dass die rot-grüne Politik falsch war und sie wieder rückgängig zu machen. Also die Steuergeschenke bei Reichen und Konzernen wieder einzusammeln.

Die Regierung macht das Gegenteil. Abkassiert wird bei uns! Wir, die Beschäftigten, RentnerInnen und Erwerbslose sollen mit höheren Steuern die Geschenke an Reiche und Konzern im Nachgang bezahlen. Und zusätzlich sollen weitere Steuernachlässe an Konzerne verteilt werden

19 % Mehrwertsteuer und mehr

Der dickste Brocken ist die Erhöhung der Mehrwertsteuer zum Januar 2007. Rund 20 Milliarden Euro werden damit bei uns abkassiert. Im Wahlkampf kündigte die CDU 18 % an. Die SPD versprachen Verbleib bei 16 %. Der Kompromiss zwischen 16 und 18 heißt 19. Die Logik der großen Koalition! Menschen mit geringen Einkommen, Erwerbslose und RentnerInnen werden am härtesten getroffen.

Mit weiteren Verschlechterungen werden weitere rund zehn Milliarden Euro bei uns eingesammelt.

Der Effekt wird noch nicht 2007 voll wirksam, aber stufenweise in den Folgejahren.

Die Eigenheimzulage für HäuslebauerInnen wurde bereits gestrichen. So werden mittelfristig bis zu acht Milliarden Euro jährlich eingespart. Es hieß immer: Dies solle in die Bildung und Erziehung gesteckt werden. Davon ist jetzt keine Rede mehr.

Die Entfernungspauschale gibt es ab 2007 erst ab 20 Kilometer. Deshalb werden Beschäftigte, die pendeln monatlich im Durchschnitt 40 Euro weniger haben. 15 Millionen sind davon betroffen.

Kindergeld gibt es nur noch bis 25 Jahren. Minus 154 Euro im Monat wenn Tochter oder Sohn noch studiert. Abfindungen werden voll steuerpflichtig. Kosten für ein Arbeitszimmer müssen voll selbst bezahlt werden. Der Sparerfreibetrag wird halbiert. Weitere kleinere Verschlechterungen kommen hinzu.

»Reichensteuer«

Aber auch Reiche werden doch wieder stärker besteuert. Sagt die SPD. Mit der »Reichensteuer«.

TopverdienerInnen mit einem Jahreseinkommen von mehr als 250 000 Euro - Verheiratete ab 500 000 Euro - sollen »Reichensteuer« zahlen. Für jeden Euro oberhalb dieser Marken sollen drei Cent Steuern zusätzlich gezahlt werden. Bis zu 100 000 Reiche könnten darunter fallen. Rund 1,3 Milliarden Euro könnte das bringen. Es werden aber deutlich weniger betroffen sein und es wird deutlich weniger einbringen. Denn: Nur die privaten Einkünfte werden berücksichtigt, gewerbliche bleiben außen vor. Damit werden neue Schlupflöcher geschaffen. So bleiben nur noch 300 Millionen zusätzliche Steuereinnahmen übrig - und selbst das ist ungewiss. Ebenso, ob diese Ungleichbehandlung von Einkommen nicht verfassungswidrig ist.

Dabei hatte sich die SPD das so schön ausgedacht. Der Skandal der Erhöhung der Mehrwertsteuer sollte kaschiert werden. Mit dem Feigenblatt »Reichensteuer«.

Steuererhöhungen bei uns gefährden Arbeitsplätze

Zur Zeit jubelt die Regierung über die konjunkturelle Wende. In der Tat: Seit Jahren läuft es zum ersten Mal wieder etwas besser. Ein mäßiger konjunktureller Aufschwung. Gäbe es höhere Einkommenssteigerungen und mehr öffentliche Ausgaben für Bildung, Erziehung, Reparatur von Brücken und vieles anderes sinnvolles mehr, hätte wir jetzt einen richtigen Boom. Mit weit mehr als einer Million neuer Arbeitsplätze.

Durch die Steuerpolitik ist aber auch der bescheidene konjunkturelle Aufschwung bereits wieder mehr als gefährdet. 30 Milliarden Euro mehr Steuern bedeuten 30 Milliarden Euro weniger Konsum. Bedeuten eine weitere Schwächung der Binnennachfrage. Das gefährdet die Konjunktur. Und bedroht Arbeitsplätze.

Steuergeschenke für Konzerne

Die Regierung will, dass wir durch höhere Steuern die klammen Kassen wieder auffüllen. Die Finanznot hält sie aber nicht davon ab die Politik der Steuergeschenke fortzusetzen. Mindestens fünf Milliarden Euro will sie verschenken. Wieder an Aktiengesellschaften und GmbHs.

Damit die mehr Arbeitsplätze schaffen. Das hat 2001 schon nicht geklappt. Nur die Gewinne stiegen munter weiter. Selbst aus dem konservativen Lager werden Konsequenzen gefordert. Man solle doch nicht weiter der Lebens-

lüge anhängen, dass Steuersenkungen zu mehr Investitionen und mehr Arbeitsplätzen führen, so selbst der NRW-Ministerpräsident Rüttgers.

Immer wieder wird behauptet: Die Steuern für Unternehmen seien zu hoch. Neben den 25% eigentlicher Unternehmensteuern kämen noch rund 14% Gewerbesteuer hinzu. Entscheidend für die tatsächliche Steuerlast ist aber die Höhe des zu versteuernden Gewinns. Und da gibt es vielfältige Steuerschlupflöcher um den eigentlichen Gewinn kleinzurechnen. Deshalb liegt die tatsächliche Besteuerung der Gewinne bei 15% und nicht bei 39%.

Damit liegt die steuerliche Belastung deutscher Unternehmen weit unter dem EU-Durchschnitt. Würde der gezahlt, hätte Steinbrück 20 Milliarden Euro mehr in der Kasse. Deshalb: Notwendig ist das Stopfen der Steuerschlupflöcher. Die Steuersätze müssen unverändert bleiben. Nur so besteht die Chance, dass die Unternehmen endlich wieder sich in angemessener Weise an der Finanzierung beteiligen.

Geschenke für Firmenerben?

Die Regierung behauptet: Wenn Betriebe vererbt werden, drohe häufig der Ruin durch die Erbschaftsteuer. Das gefährdet angeblich Arbeitsplätze.

Es ist jedoch kein einziger Fall bekannt, bei dem ein Betrieb wegen der Erbschaftsteuer nicht fortgeführt werden konnte. Selbst Finanzminister Steinbrück hat dies im Mai 2005 bestätigt. Man müsse die ErbInnen trotzdem entlasten, weil sonst ihre Psyche belastet werde – so Steinbrück.

In Frankreich, Holland, Japan und den USA müssen für einen Betrieb im Wert von vier Millionen Euro 15 bis 35% Erbschaftsteuer gezahlt werden. In Deutschland knapp vier Prozent.

Jetzt soll die Erbschaftsteuer bei Fortführung des Betriebes jedes Jahr um zehn Prozent sinken.

Nach zehn Jahren wäre das Erbe steuerfrei. Voraussetzung soll der Erhalt der Arbeitsplätze sein. Der Wirtschaft und vielen PolitikerInnen ist selbst diese Bedingung zuviel. Es geht also nicht um Job-erhalt sondern um blanke Steuergeschenke für die Firmenerben. Wegen der »Psychologie«. Drohende Steuerausfälle: Mindestens 450 Millionen Euro.

Alternativen

Wir brauchen wieder eine gerechte Steuerpolitik. Diejenigen, die hohe Einkommen und Vermögen haben müssen in besonderem Maße an der Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligt werden.

»Mit der gegenwärtigen Steuerquote von 20% lässt sich kein moderner Sozialstaat finanzieren,« so selbst der SPD-Vorsitzende Beck. Vor Beginn der rot-grünen Steuerpolitik lag sie bei 23%. Drei Prozentpunkte weniger! Diese macht rund 60 Milliarden Euro aus.

Ein Zukunftsinvestitionsprogramm in Höhe von 40 Milliarden Euro zusätzlicher jährlicher Ausgaben ist notwendig. Eine Million zusätzliche Arbeitsplätze würden so geschaffen. Und mehr für Bildung, Erziehung und die Infrastruktur getan werden.

Was ist eigentlich wichtiger? Die Zukunft unserer Kinder, die Zukunft unseres Landes oder weiterhin die Privilegierung der Reichen und Superreichen?

MICHAEL SCHLECHT
Bereichsleiter Wirtschaftspolitik
beim ver.di Bundesvorstand

GROSS am 21. Oktober in Berlin DEMO

Eine gute Gesundheitsversorgung für alle. Wir wollen eine Bürgerversicherung – solidarisch und gerecht finanziert. Flexible Ausstiegsmöglichkeiten bis 65 statt Rente mit 67. Beschäftigungsbrücke zwischen Alt und Jung. Mehr Ausbildungsplätze. Wer nicht ausgebildet, muss zahlen. Einkommen, die zum Leben reichen. Dazu gehören Mindestlöhne von mindestens 7,50 Euro. Arbeitslose dürfen nicht gezwungen werden, für Dumpinglöhne zu arbeiten. Schutz vor Willkür am Arbeitsplatz. Keine Einschränkung von Mitbestimmung und Kündigungsschutz. Gerechte Steuerpolitik. Reiche müssen wieder Steuern zahlen. Keine Steuergeschenke für Unternehmen und keine höheren Belastungen für Beschäftigte und Verbraucher.

Wir fahren nach Berlin!
7:00 Uhr Abfahrt der IG Metall-Busse am Hauptbahnhof – Ausgang Südseite

Kundgebung am Brandenburger Tor + 12:00 Uhr Vorprogramm mit Musik und Talk + 13:00 Uhr Begrüßung und Redebeiträge + 15:00 Uhr Abfahrt in Berlin + ca. 19:00 Uhr Ankunft in Hamburg

Anmeldungen bitte per Fax an die IG Metall Hamburg
Fax: 0 40. 28 58. 5 60
Telefon: 0 40. 28 58. 5 48

Was sucht die Bundeswehr im Kongo?

Überlegungen aus Anlass des Antikriegstages 1. 9.

Die offizielle Begründung der Bundestags-Entscheidung vom 1. 6. 2006 ist bekannt: Es ginge um die Absicherung der ersten freien Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in der Demokratischen Republik (DR) Kongo nach 46 Jahren am 30. 7. 2006.

Die DR Kongo (ca. 63 Millionen Menschen, Fläche sechseinhalb mal so groß wie die BRD) gehört zu den ärmsten der Welt mit einem mittleren Jahreseinkommen von weniger als 120 US-Dollar im Jahr. Die mittlere Lebenserwartung liegt bei 44 Jahren, und die AnalphabetInnenrate bei 35 %. Im acht Jahre dauernden Bürgerkrieg sind bisher ca. 4 Millionen Menschen ums Leben gekommen. Ca. 40 000 Flüchtlinge pro Monat prägen das Bild der Gewalttätigkeiten.

»die EU sucht ein anspruchsvolles Einsatzgebiet zur Erprobung ihrer im Aufbau befindlichen Militärmacht«

Deutschland stellt mit 780 Bundeswehrsoldaten fast die Hälfte der Mission EUFOR (1700 Soldaten der EU). Etwa 17 000 UNO-Soldaten sind bereits im Rahmen der UN-Mission MONUC in den umkämpften Ostprovinzen stationiert, ohne Frieden schaffen zu können. Die Zahl der im Ausland stationierten Bundeswehrsoldaten erhöht sich mit dem Einsatz in der DR Kongo auf fast 8 000 (Afghanistan, Georgien, Usbekistan, Kosovo/Bosnien-Herzegowina/Ma-

zedonien, Dschibuti, Äthiopien/Eritrea, Sudan).

Schaut man genauer hin und entkleidet man die politischen Reden ihrer üblichen Militär-Begründungs-Bemäntelung, so treten zwei wesentliche Gründe für den weiteren Militäreinsatz der Bundeswehr im Kongo zutage:

»es geht darum bei der Verteilung der Rohstoffreserven in Zentral- und Westafrika Einfluss zu gewinnen«

+Die EU sucht ein anspruchsvolles Einsatzgebiet zur Erprobung ihrer im Aufbau befindlichen Militärmacht, von den Battle-Groups bis zur Kommandozentrale (Einsatzführungskommando in Potsdam). »Die Kongo-Mission ist in Wahrheit eine Alibi-Veranstaltung, die zeigen soll, dass Europa auch außerhalb der NATO und unabhängig von den USA in der Lage ist, an Krisenplätzen der Welt militärisch präsent zu sein. [...] Wozu schließlich werden europäische Battle-Groups aufgestellt? Na - um sie einzusetzen.« (Hamburger Abendblatt vom 12. 6. 2006) »Ab 1. Januar 2007 wird die Lage anders sein, dann steht die erste Battle-Group zur Verfügung. Im Klartext: Für einen Einsatz kann die EU sofort auf sie zurückgreifen. Deutschland hat dabei zum Beispiel die Verpflichtung übernommen, in der ersten Group bis zu 1500 Soldaten bereitzustellen. Um Dublizitäten zu vermeiden, ist sicher eine Abstimmung mit der Schnellen Eingreiftruppe der NATO nötig, für die Deutschland

6 600 Mann stellt und die seit dem 1. Juli 2006 einsatzfähig ist.« (Verteidigungsminister Jung im Handelsblatt vom 7. 7. 2006)

+Es geht um die Absicherung von Rohstoffen für die deutsche und die EU-Wirtschaft und auch darum, bei der Verteilung der Rohstoffreserven in Zentral- und Westafrika Einfluss zu gewinnen, also um die Verfolgung wirtschaftlicher, geopolitischer Interessen.

»Kongo verfügt über strategische Rohstoffe, die für Europa wichtig sind«

Dazu einige Aussagen: »Stabilität in der rohstoffreichen Region nützt auch der deutschen Wirtschaft.« (Verteidigungsminister Jung) »Kongo ist eines der ressourcenreichsten Länder der Welt und verfügt vor allem über strategische Rohstoffe, die für Europa wichtig sind: Wolfram, Mangan und Chromerze, Kobalt, Uran, Erdöl, Coltan, Beryllium. Europa und Deutschland haben ein Interesse daran, dass der Abbau dieser Ressourcen legal und nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgt.« (CDU-Vizefraktionsvorsitzender im Bundestag Andreas Schockenhoff) »Was sich dort abspielt, ist ein brutaler Krieg um Rohstoffe und Einflussphären. Menschenrechte? Irrelevant. Darum geht es den Multis aus USA und Westeuropa, die den Kongo ausplündern.« (WAZ vom 16. 3. 2006) »Es ist bekannt, dass der US-Bergbau-Konzern Phelps Dodge im August 2005 die Rechte zum Abbau der größten bisher

unerschlossenen Kupferreserven in Katanga erworben hat. Ihr Wert wird auf fast 90 Mrd. US-Dollar geschätzt. Für die Konzession sollen offiziell aber gerade einmal 15 Mrd. US-Dollar gezahlt worden sein. Experten gehen davon aus, dass die Familie von Staatschef Kabila an diesem Geschäft gut mitverdient hat [...] Immerhin sind die UNO-Truppen inzwischen beauftragt worden, die Gruben, Bergwerke und Konzessionen nach dem Abzug der kongolesischen Kriegsparteien unter die Kontrolle legal operierender Firmen zu stellen. Mehrere Bergbaufirmen, vor allem aus Kanada, Australien und Südafrika, haben sich inzwischen potenzielle Lagerstätten von Kupfer, Kobalt und Gold gesichert. [...] Trotz all der Probleme des Landes wächst das Interesse deutscher Unternehmen. Das Land ist im Aufbau, und viele Nischen sind noch unbesetzt.« (Handelsblatt vom 28.7.2006)

»Europa sollte nicht einfach nur einen Einsatz vortäuschen, um sein Gewissen zu beruhigen«

Das Kapitalblatt ‚Financial Times Deutschland‘ vom 9.3.2006 erspart sich jegliche Beschönigungen: »Europa sollte nicht einfach nur einen Einsatz vortäuschen, um sein Gewissen zu beruhigen, sondern die EU muss klotzen und nicht kleckern. Nicht 1000 Soldaten müssen nach Kongo, sondern 10000 oder mehr. Nicht nur in Kongo, in ganz Afrika. Der schwarze Kontinent ist unser Hinterhof. Dort sind auch die Ressourcen zu

finden, die wir in Zukunft für unsere eigene wirtschaftliche Entwicklung brauchen.«

»von einem nichtgewählten Präsidenten regiert, der per Erbfolge ins Amt kam«

Gegenwärtig wird die DR Kongo von einem nichtgewählten Präsidenten regiert, der per Erbfolge ins Amt kam: Joseph Kabila mit einer Regierungsmannschaft, die als »Horrorkabinett« beschrieben wird. Vizepräsident Jean-Pierre Bemba wurde lange Zeit mit internationalem Haftbefehl gesucht wegen Aufwiegelung zum Völkermord. »Bemba junior häufte zu Mobutos Zeiten ein Vermögen in der Telekommunikations- und Luftfahrt-Branche an, das auf einige hundert Millionen US-Dollar veranschlagt wird. [...] Dennoch dürfte Bemba deutlich hinter dem Kabila-Clan liegen, dessen Reichtum von Insidern inzwischen auf mehr als eine Milliarde US-Dollar geschätzt wird.« (Handelsblatt vom 23.8.2006)

Nach den bisher veröffentlichten Ergebnissen der Präsidentschaftswahl, die von massiven Beeinträchtigungen und Fälschungen begleitet war, hat Joseph Kabila 44,81% und Jean-Pierre Bemba 20,03% der abgegebenen Stimmen erhalten. Die Wahlbeteiligung lag bei 70%. Da kein Kandidat die absolute Mehrheit erhielt, kommt es zur Stichwahl am 29.10.2006. Beide Kandidaten sind nun darauf angewiesen, Allianzen zu schmieden, und der Wahlausgang ist damit völlig

offen. Nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses (und damit der Notwendigkeit einer Stichwahl) versuchte der Amtsinhaber Kabila am 22.8.2006 vergeblich, seinen Rivalen mit militärischen Mitteln aus dem Weg zu räumen.

Das Mandat im Kongo gilt für 4 Monate, zuzüglich je 6 Wochen für An- und Abmarsch und begann am 30.7.2006. Die Dauer ist als unrealistisch einzuschätzen. Das ist wie bei allen anderen Bundeswehreinheiten: eine Verlängerung folgt der anderen.

»obwohl der Staat zunehmend verschuldet und angeblich kein Geld für Soziales da ist, spielt hier das Geld keine Rolle«

Obwohl der Staat zunehmend verschuldet und angeblich kein Geld für Soziales da ist, spielt hier das Geld keine Rolle: Der Einsatz wurde zunächst mit 56 Millionen Euro (Handelsblatt vom 18.5.2006), später mit 65 Millionen Euro (Hamburger Abendblatt vom 16.8.2006) veranschlagt. Zusätzliches Geld fürs Militär, während die BRD noch nicht einmal die von der UNO festgelegten 0,7% des Bruttosozialproduktes für zivile Entwicklungshilfe aufbringt?

Es geht in Wirklichkeit also nicht um Demokratie und Wahlen, sondern um die Sicherung von Rohstoffen und um Ausbeutungsfreiheit.

WOLFGANG ERDMANN
KBR-Vorsitzender
Jungheinrich AG

Wie viel Umverteilung

Deutschland ist seit langem ‚Gefangener‘ des gesamtwirtschaftlichen Teufelskreislaufs aus Umverteilung, Wachstumsschwäche und Massenarbeitslosigkeit. Dass dies möglich wurde liegt letztlich an einem ökonomischen Paradigmenwechsel, der glaubt alles einem Markt- und Wettbewerbsprinzip und damit dem Kapital unterordnen zu müssen. Längst ist es unter diesem Regime sogar zu einer Verkehrung kapitalistischer Logik gekommen. Nicht mehr der Gewinn ist das Resteinkommen kapitalistischer Produktion und Realisation und der Lohn das vom/von der UnternehmerIn vorab festgelegte (vorgesicherte) Kontrakteinkommen, sondern der Lohn der abhängig Beschäftigten ist heute zum Resteinkommen degeneriert. Die KapitaleignerInnen verlangen eine vorab festgelegte (garantierte) Verzinsung des eingesetzten Kapitals, sonst droht das Kapital kurzerhand mit Abwan-

derung oder Ausstieg aus der Produktion. Unter einer Eigenkapitalrendite von 25 % hat das Kapital heute keine Lust mehr den »Faktor« Arbeit nachzufragen. Die Mehrwert-, die Ausbeutungsrate, soll permanent gesteigert werden. Löhne und Arbeitszeit der Beschäftigten sind zu reinen Erpressungsgrößen degeneriert.

Das System hängt sich selbst auf

Seit Jahren wird vor diesem Hintergrund der verteilungsneutrale Spielraum zwischen Kapital und Arbeit verletzt. Massenarbeitslosigkeit hat die Macht der Gewerkschaften immer mehr ausgehöhlt und Tarifverträge und ihre notwendige Verbindlichkeit durchlöchert wie einen Schweizer Käse. So ist es nicht erstaunlich, dass die Reallöhne nicht mehr mit der Produktivitätsrate wachsen und dass es zu einer Umverteilung zu den Gewinn- und Vermögensein-

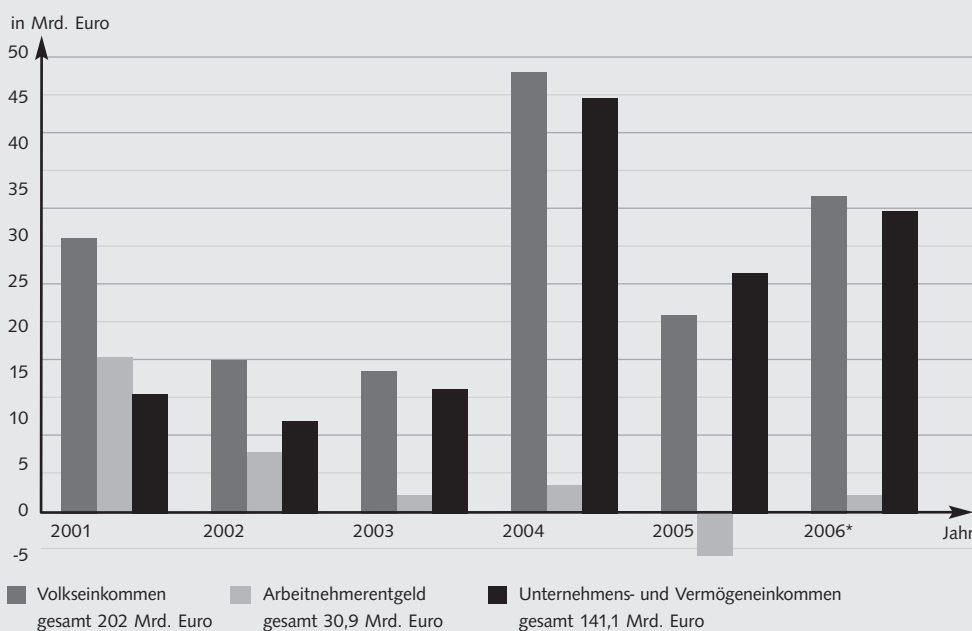
kommen gekommen ist. Der Blick auf die gesamtwirtschaftliche Verteilung des Volkseinkommens ist erschreckend. Seit 1991 ist die Brutto-Lohnquote von 71% auf 67% um vier Prozentpunkte bis 2005 geradezu abgestürzt. Und auch 2006 wird die Lohnquote weiter fallen. Die ganze Dramatik wird aber erst dann deutlich, wenn man sich die absoluten Zahlen der Verteilung des Volkseinkommens in den letzten Jahren inklusive der erwarteten Prognose für das Jahr 2006 anschaut. Ab 2001 zeigt sich hier insgesamt ein Anstieg des Volkseinkommens um 202 Mrd. Euro. Um diese Summe ist Deutschland also insgesamt reicher geworden. Von diesem Reichtum entfallen auf Unternehmens- und Vermögenseinkommen gut 171 Mrd. Euro, dies entspricht einer Quote von fast 85%. Auf die Arbeitnehmerentgelte der gut 34 Millionen abhängig Beschäftigten kommen aber lediglich nur knapp 31 Mrd. Euro oder 15% des Volkseinkommens. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik sind im Jahr 2005 die Arbeitnehmerentgelte sogar nominal um 5,6 Mrd. Euro gesunken, was bedeutet, dass die Unternehmens- und Vermögenseinkommen stärker zugenommen haben als das gesamte Volkseinkommen.

Wachstum des Volkseinkommens und seine Verteilung seit 2001

Der Staat hat die Umverteilung noch verschärft

Noch dramatischer wird die Umverteilung, wenn man seit der Wiedervereinigung die Netto-Lohnquote betrachtet, die das Arbeitnehmerentgelt in Prozent des verfügbaren Volkseinkommens aller privaten Haushalte nach staatlicher Umverteilung durch Sozial- und Transfereinkommen zeigt.

Wachstum des Volkseinkommens und seine Verteilung seit 2001



*Prognose.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2005, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, eigene Berechnungen

verträgt das System?

Durch die staatliche Intervention sollte eigentlich die primäre Marktverteilung zu Gunsten der Arbeitnehmerentgelte berichtigt werden, weil diese nie eine gerechte Verteilung impliziert. Markteinkommen sind nicht nur Leistungen, sondern immer auch machtabgeleitete Einkommen. Das staatliche Umverteilungsergebnis hat aber genau das Gegenteil bewirkt. So ging die Netto-Lohnquote seit 1991 von 48,1% auf 40,9% im Jahr 2005 um über 7 Prozentpunkte zurück. Damit weist die Netto-Lohnquote in der langen Geschichte ihres verteilungsbedingten Abstiegs seit den 1960er Jahren ihren Tiefstand auf. Aus dieser gigantischen Umverteilung – sowohl bezogen auf die Brutto- als auch auf die Netto-Lohnquote – folgt die hinlänglich bekannte Binnenmarktschwäche. Wenn laufend in einer Volkswirtschaft Arbeitskosten gesenkt werden, dann kommt es auf Grund des »Doppelcharakters« der Arbeitskosten gleichzeitig in exakt gleicher Höhe zu einer Senkung der Arbeitnehmerentgelte. In Folge geht die Konsumgüternachfrage zurück. Die Handelsunternehmen verkaufen weniger und die Konsumgüterindustrie lastet ihre Kapazitäten nicht mehr aus. Es kommt zu Stückkostensteigerungen, die über die Preise nicht mehr erlöst werden können. Verluste entstehen. Die Unternehmen entlassen ihre Beschäftigten. Die Krise überträgt sich auf die Investitionsgüterindustrie, weil die Unternehmen insgesamt ihre Investitionen zurückfahren. Immer weniger Wachstum führt schließlich beim Staat zu weniger Steuereinnahmen, worauf dieser mit einer Kürzung der Staatsausgaben reagiert und die Krise noch verschärft. Um sich aus dieser Situation individuell zu befreien versuchen die Unternehmen noch mehr ihre Arbeitskosten zu senken. Es kommt zu weiteren Lohn- und

Einkommenskürzungen sowie zu Entlassungen. Ein Teufelskreislauf! Das System »hängt« sich selbst auf. Senken nämlich alle Unternehmen ihre Arbeitskosten und damit die Einkommen, dann geht die Rechnung für alle Unternehmen nicht mehr auf. Erstens resultiert aus der Absenkung kein Wettbewerbsvorteil mehr. Es wird ein Nullsummenspiel. Zweitens gehen für alle Unternehmen die Umsätze zurück, weil die Kosten (Ausgaben) des einen Unternehmens die Einnahmen des anderen Unternehmens sind.

Nicht nur die ArbeitnehmerInnen verlieren

Die Krise wirkt aber nicht über alle Märkte, Branchen und Unternehmen mit gleicher Härte. Sie schlägt sich durchaus unterschiedlich nieder, so dass es zu strukturdifferenzierenden Veränderungen in der Wirtschaft kommt. Ob die Unternehmen auf hochkonzentrierten mehr inländischen oder ausländischen Märkten agieren ist im Krisenprozess ein wichtiges Kriterium. Insbesondere international agierende Konzerne können den durch Lohndrückerei verursachten binnenwirtschaftlichen Nachfrageausfall weitgehend an den Exportmärkten kompensieren. Dabei umgehen sie den »Doppelcharakter« der Arbeitskosten, deren Einkommenseite aus dem Ausland bedient wird. Dies ist aber für eine Volkswirtschaft als Ganzes keine Lösung. Es vertieft allenfalls die »gespaltene« Konjunktur. Die umverteilungsbedingte Binnenmarktschwäche kann nicht durch einen extrem hohen Exportüberschuss beseitigt werden, wenn dieser – wie im Fall

Deutschlands – lediglich fünf Prozent der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ausmacht und 85% der Arbeitsplätze von der Inlandsnachfrage abhängig sind. Aber auch selbst wenn dies möglich wäre, schafft eine aggressive Außenwirtschaftsstrategie, wie sie die neoliberale Politik verfolgt, auf Seite der internationalen HandelspartnerInnen Defizite und Verschuldungssituationen, denen die betroffenen Länder ihrerseits mit Lohn- und Preissenkungen begegnen müssen. Die Gefahr einer deflatorischen Abwärtsspirale nimmt dadurch auch international zu. Daneben spielt im kapitalistisch immanenten Krisenprozess der erreichte Konzentrationsgrad einer Wirtschaftsbranche und auch die Größe des jeweiligen Unternehmens und damit die Marktmacht eine entscheidende Rolle. Hohe Konzentrationsgrade in einzelnen Branchen mit wenig wettbewerbsfähiger Struktur und marktmächtige Unternehmen schneiden in der Krise immer besser ab, als Branchen und Unternehmen die ohne innovative Produkte einem starken Wettbewerb ausgesetzt sind. Dies gilt in der Regel für die kleinen und mittleren Unternehmen, die meist nur repetitives zu bieten haben und über keine Marktmacht verfügen und als Zulieferbetriebe von nachfragemächtigen Unternehmen abhängig sind. So kommt es schließlich auch im Kapitallager zu immer härteren Verteilungskämpfen. Die großen Unternehmen »fressen« die kleinen und mittleren Unternehmen. Zunehmende Konzentrationsprozesse und damit einhergehende vermachtete Märkte mit enormen Gewinnumverteilungen innerhalb des Kapitals zu Gunsten des Großkapitals sind u. a. die Folgen. Der Mittelstand blutet so immer mehr aus. Die Insolvenz-

Fortsetzung auf Seite 12

Volkseinkommen gesamt 202 Mrd. Euro

Arbeitnehmerentgelt gesamt 30,9 Mrd. Euro

Unternehmens- und Vermögenseinkommen gesamt 141,1 Mrd. Euro

Fortsetzung von Seite 11

zahlen zeigen dies.

Aber selbst auch die Unternehmen, die über eine Marktmachtstellung und internationale Verkaufsmärkte verfügen, und dadurch komfortable Gewinne erzielen, benutzen diese nur zu einem abnehmenden Anteil für eine Reinvestition in neue beschäftigungsschaffende Produktionsanlagen; eher werden sie zum Schuldenabbau oder zur Finanzierung von Unternehmensbeteiligungen oder -aufkäufen benutzt. Außerdem suchen und finden die Gewinne Anlagemöglichkeiten auf den internationalen Geld- und Kapitalmärkten und tragen dazu bei, die Immobilien- und Finanzspekulation immer mehr anzuhetzen. Besonders negativ einzuordnen sind dabei die jetzt auch in Deutschland zugelassenen kurzfristig angelegten Profitstrategien der Hedge- und Private Equity-Fonds. Diese setzen nicht nur die Beschäftigten der durch diese Fonds aufgekauften (beteiligten) Unternehmen durch drastische Lohnkürzungen und massiven Stellenabbau unter Druck, sondern hierdurch werden auch Regierungen zu Getriebenen und Abhängigen der internationalen Finanzmärkte. So sind in Deutschland im Zuge dieser Entwicklung immer mehr die beschäftigungsschaffenden Nettoinvestitionen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt von rund 24% im Jahr 1970 auf heute weniger als 5% zurückgegangen. Es ist zu einer nachhaltigen Entkopplung von Gewinn- und Investitionsquote gekommen. Die neoliberal behauptete G-I-B-Formel, gibt mir heute mehr Gewinn, so kommt es morgen zu mehr Investitionen und danach zu mehr Beschäftigung ist eine Mär. Der neoliberale circulus virtuosus von höheren Gewinnen und daraus folgenden höheren Realinvestitionen und Beschäftigung geht nicht auf. Man müsste vielmehr formulieren, die im

Shareholder-Kapitalismus geplanten Gewinne von heute sind die Arbeitsplatzverluste von morgen.

Radikales Umdenken tut Not

Um hier auszurechnen ist ein radikales wirtschaftspolitisches Umdenken notwendig. Dies alleine deshalb, weil durch eine fortschreitende Technikentwicklung eine zunehmende Produktionsproduktivitätslücke entstanden ist. Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg von 1991 bis 2005 um 21%. Der Produktivitätsanstieg je Erwerbstätigenstunde lag dagegen bei 30% und damit wesentlich höher. Hierdurch ging das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen zurück. Insgesamt konnte sich diese disproportionale Entwicklung nur – ohne eine entsprechende Arbeitszeitverkürzung – in eine zusätzliche Arbeitslosigkeit entladen. Daher ist der zur Zeit von Ver.di geführte Kampf um den Erhalt der 38,5 Stunden-Woche im öffentlichen Dienst nicht nur ökonomisch rational, sondern er müsste eigentlich von jedem, der auch nur über einen Funken an ökonomischen Sachverstand verfügt, unterstützt und zusätzlich die Forderung nach einer 35 Stunden-Woche erhoben werden. Unter dem herrschenden Regime des Neoliberalismus und dem »Machtwahn« (Albrecht Müller) einer »mittelmäßigen Führungselite« ist aber eine dringend notwendige Politik von produktivitätsorientierten Lohn- und Gehaltszahlungen sowie eine drastische Arbeitszeitverkürzung zur Bekämpfung der überzyklischen (strukturellen) Massenarbeitslosigkeit wohl nicht möglich bzw. umsetzbar. In Deutschland hat sich die gefährliche Ideologie festgesetzt, eine »entstaatlichte Wirtschaft« bzw. »ent-

fesselte Märkte« könnten die größeren Wachstums- und Beschäftigungskräfte entfalten. Der Markt sei der »Souverän«, dem sich alle zu beugen hätten und der Markt würde im Gegensatz zum Staat die besseren ökonomischen Ergebnisse liefern und damit letztlich erst soziale Taten in einer Gesellschaft ermöglichen. Deshalb seien auch staatliche Eingriffe in Marktprozesse auf Ausnahmen zu beschränken. Der Staat habe lediglich die Rahmenbedingungen für die Wirtschaftstätigkeit festzulegen und dabei dem Leistungswillen und der Eigenverantwortung des Einzelnen im Wettbewerb genügend Raum zu lassen. Der Staat »stranguliere« durch seine ständigen Marktinterventionen die Dynamik der marktwirtschaftlichen (preislichen) Selbststabilisierung einer Konkurrenzwirtschaft. Warum, so ist dann aber zu fragen, gibt es immer mehr Arbeitslose und selbst Beschäftigte die trotz Arbeit arm und auf staatliche Alimentierung angewiesen sind? Warum schafft es die längst »entfesselte« private Wirtschaft nicht, für ein Vollbeschäftigungsgleichgewicht zu sorgen? Auch ist zu fragen, warum unter dem neoliberalen Regime immer mehr Kapitalkonzentration und daraus entstehende Marktmacht zu beklagen sind und warum sich weiter immer noch Konjunkturzyklen, Umweltkrisen und Wachstumsschwächen zeigen? Die Ursache hierfür ist nicht der Staat bzw. eine zu hohe Staatsquote oder ein behinderter Marktmechanismus. Dies wäre eine Verkehrung der ökonomischen (theoretischen) Tatbestände und würde auch der Empirie zuwiderlaufen. Die Gleichung »Magerer Staat = dynamische Wirtschaft« stimmt schlicht und ergreifend nicht. So haben Länder wie beispielsweise Schweden, Dänemark, Finnland, Belgien oder auch Frankreich wesentlich höhere Staatsquoten (Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt) als Deutsch-

Was hat Doping im Sport, mit uns im Betrieb zu tun?

land und die Wachstumsraten sind dort dennoch signifikant höher als bei uns. Im Gegenteil: »Wer ausschließlich auf den Markt setzt, zerstört mit der Demokratie auch die Marktwirtschaft selbst« (Ulrich Beck). Daher muss der demokratisch legitimierte Staat sein »Gewaltmonopol« als Akteur auf dem »kapitalistischen Spielfeld« endlich wieder wahrnehmen. Er muss eine gesamtwirtschaftlich immer wieder im marktbedingten (krisenhaften) Konjunkturzyklus entstehende (deflatorische) Nachfragerückfälle schließen. Er muss entgegen neoliberaler Forderungen den Marktprozess aussteuern und privatwirtschaftlich angelegtes Markt- und Wettbewerbsversagen korrigieren. Er muss private Marktmacht und ihre Ausübung verhindern und für eine Korrektur der originären (marktbezogenen) Einkommensverteilung durch Transfer- und Sozialzahlungen sorgen. Der Staat muss schließlich das wichtigste ökonomische Gut, einen Arbeitsplatz für alle, durchsetzen. Nur so werden dann auch die Gewerkschaften wieder im primären Verteilungskampf an den Arbeitsmärkten eine produktivitätsabgeleitete Einkommenspartizipation und Arbeitszeitverkürzungen durchsetzen können. Der Staat, die demokratisch gewählten PolitikerInnen, müssen in einer konzentrierten Aktion in diesem Sinne zum Wohl des ganzen Volkes endlich umdenken und handeln. Kommt es nicht dazu, so ist es um die Zukunft Deutschlands schlecht bestellt.

PROF. DR. HEINZ-J. BONTRUP
 Fachhochschule Gelsenkirchen,
 Mitglied der Arbeitsgruppe
 Alternative Wirtschaftspolitik

Der Dopingskandal im Radsport vor und bei der Tour de France hat die Schlagzeilen der Tagespresse geprägt. Verfälschung der Ergebnisse, Betrug, Unsportlichkeit waren nur einige Schlagwörter, die die Artikel füllten. Kaum erwähnt wurde aber, dass nur noch der erste Platz zählt, der Zweite ist schon Verlierer. Jan Ullrich z. B. hat nicht nur einmal die Tour gewonnen, er war sechs- oder siebenmal Zweiter, sein schlechtestes Platz war der Vierte. Doch er ist ein Verlierer, da er sein Talent nicht genutzt hat und vieles mehr. In der Gesundheitspolitik der aktuellen und der letzten Bundesregierung, sind wir die VerliererInnen. Wir können es uns kaum noch leisten krank zu sein.

»wer krank wird, der ist den Ansprüchen am Arbeitsplatz nicht mehr gewachsen«

Und das aus zwei Gründen, erstens ist es sehr teuer Krank zu sein und zum Arzt zu gehen und zweitens ist Kranksein im Betrieb schon fast ein »Verbrechen«.

Wer krank ist bzw. krank wird, der ist den Ansprüchen der neuen Anforderungen am Arbeitsplatz nicht mehr gewachsen.

Was hilft also, Doping! Im Supermarkt, in der Drogerie und in jedem Kaufhaus findet man ein breites Sortiment an Fitmachern z. B. »Hallo wach« für diejenigen, die zu früh müde werden, »Konzentrationsfit« für diejenigen die zu schnell die Konzentration verlieren, sind nur ein winzig kleiner Ausschnitt aus dem breiten Angebot. Für alle vermeintlichen Schwächen gibt es das richtige Mittel.

Übrigens zählen die meisten der angebotenen Pillen und Tropfen bei SportlerInnen zu den Dopingmitteln. Karl Marx sprach einmal

in seinen Werken vom Opium für das Volk, heute könnte es heißen: Doping für das Volk.

Derjenige, der seine Leistung nicht bringt, egal ob mit oder ohne Doping wird aussortiert und an den Rand gedrängt.

»ein Team muss auch die Schwächen des Einzelnen tragen und positiv verarbeiten können«

Auch hier bietet der Sport wieder ein Beispiel, doch zur Abwechslung einmal ein positives an dem man sich orientieren sollte. Bei der Fußballweltmeisterschaft hagelte es zu Beginn nur so Kritik an Arne Friedrich als Innenverteidiger. Das er den Erfolg gefährden würde, war nur eine der harmlosesten Formulierungen. Der muss raus aus dem Team, war landauf landab die Forderung. Hier hat sich aber die Leitung des Teams nicht beirren lassen. Wir sind ein Team und ein Team muss auch einmal die Schwächen des Einzelnen tragen und positiv verarbeiten können, war die Parole.

»wir sollen die kritisieren und in die Pflicht nehmen, die uns immer neue Opfer zumuten«

Und rückblickend hat sich das jetzt auch aus der Sicht aller KritikerInnen sehr gelohnt. Dieses Wir-Gefühl müssen wir auch in die Betriebe, an den Arbeitsplatz und in unser Privatleben zurück holen, dann können wir wieder zu SiegerInnen werden. Wir sollen die kritisieren und in die Pflicht nehmen, die uns immer neue Opfer zumuten. Auch sollten wir uns nicht den Kopf vernebeln lassen. Nicht die Sozial- und Gesundheitskosten sind zu hoch, nein die Gelder sind nur ungerecht verteilt.

REDAKTION

Es kommt immer dicker

Lesetipp

Viele haben gedacht: Dicker kann es nicht kommen. Nach der rot-grünen Agenda. Doch es kommt noch dicker: mit der großen Koalition. Jedenfalls wenn wir uns nicht wehren.

Gesundheitsreform

Höhere Beiträge kommen und schlechtere Leistungen drohen. Versicherte werden belastet durch Zusatzbeiträge. Für UnternehmerInnen wird es billiger. Und es geht immer weiter in die Zwei-Klassen-Medizin.

Rente mit 67

Ein Großteil der Beschäftigten hält schon heute nicht bis zur Altersgrenze durch. Weitere Rentenkürzungen drohen! Wer künftig mit 65 geht, erhält 7,2% weniger Rente.

Steuerpolitik

Die Mehrwertsteuer wird auf 19% erhöht. Insgesamt werden 30 Milliarden Euro bei der Bevölkerung abkassiert. Den Konzernen fünf Milliarden geschenkt.

Arbeitslosengeld II

Jugendliche unter 25 Jahren erhalten nur noch 276 Euro. Davon kann man nicht leben. Jetzt drohen weitere Kürzungen.

Kündigungsschutz

In den ersten 24 Monaten eines neuen Jobs heißt es: Arbeit ohne Kündigungsschutz. Jeden Tag droht die Entlassung. Das ist Willkür! Warum diese Politik gegen die Bevölkerung? Der Kerngedanke ist: Die Unternehmen weiter entlasten. Weniger Sozialversicherungsbeiträge, weniger Steuern, mehr Gewinne! Und gefügigere Beschäftigte. UnternehmerInnen sollen weiter entlastet werden.

»Wir leben über unsere Verhältnisse,« hören wir immer wieder. Ist da nicht doch etwas dran? Unser Land ist reich. Und der Reichtum wächst immer mehr. 26 Milliarden Euro war 2005 der Zuwachs des Volkseinkommens! Wir, die Beschäftigten haben da-

von aber nichts abbekommen. Mehr noch. Wir haben sechs Milliarden eingebüßt! Unternehmen, Reiche und Vermögende haben dafür 32 Milliarden Euro mehr.

Und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft? Deutschland ist Exportweltmeister. Jahr für Jahr Exportüberschüsse. 2005 waren es im Warenhandel 160 Milliarden Euro. Der Anteil am Weltmarkt liegt bei zehn Prozent. Spitze!

Die Binnennachfrage macht dagegen schon lange schlapp. Kein Wunder: Auch der Staat gibt immer weniger Geld aus. Für Bildung und Erziehung fehlen die Mittel. Brücken und Straßen verrotten. Und bei der Lohnentwicklung liegen wir weit hinten. Während seit 1995 die Löhne in der EU deutlich gestiegen sind, tritt Deutschland auf der Stelle. Die Reallöhne stagnieren.

Ohne Gegenwehr droht die weitere Talfahrt. Diese Politik richtet sich gegen die Menschen. Deshalb müssen wir Gegenwehr organisieren. Und für Alternativen kämpfen. Für eine Politik, die existenzsichernde Beschäftigung schafft und die den sozialen Ausgleich fördert, anstatt die Gesellschaft zu spalten.

MICHAEL SCHLECHT

Bereichsleiter Wirtschaftspolitik
beim ver.di Bundesvorstand

Lesetipp

Arbeit, Kapital und Staat Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft

Heinz Bontrup, Mitglied der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik und Professor an der Fachhochschule Gelsenkirchen, hat ein umfassendes Buch zum Thema Verteilungsgerechtigkeit und Demokratisierung der Wirtschaft geschrieben. Er begründet darin sehr detailliert und mit vielen Beispielen und Statisti-

ken, warum und wie die Neoliberalisten derzeit die Unwahrheit verbreiten. Er beschreibt eine Alternative zur gängigen Wirtschaftspolitik, die zur mehr Demokratie in den Betrieben führt und den Ertrag gerechter verteilt.

Auf der Internetseite des Verlages heisst es zu dem Buch (<http://www.papyrossa.de/arbeit.htm>): In der Auseinandersetzung mit dem wirtschaftspolitischen Mainstream und seinen Begrün-



dungen entwickelt Heinz-J. Bontrup die Alternative: eine demokratische Wirtschaft, die der allgemeinen Wohlfahrt dient und nicht den Reichtum weniger noch mehr. »Argumente gegen das neoliberale Einerlei: Der Ökonom hat eine umfassende Kritik der neoliberalen Wirtschaftspolitik zusammengetragen. Er begnügt sich nicht damit, nur an der Oberfläche zu kratzen. Bleibt zu hoffen, dass möglichst viele an ökonomischen Fragen Interessierte sich auf das Buch des Gelsenkirchener Professors einlassen. Sie werden reichlich mit Erkenntnisgewinn und Argumentationskompetenz belohnt.« (Frankfurter Rundschau)

Zur Befriedigung seiner Gewinnansprüche drängt das Kapital auf eine immer ungleichere Verteilung des Sozialprodukts. Gewinn ist aber kein Selbstzweck, und die Wirtschaft ist für die Menschen da, nicht umgekehrt. Dies igno-

Lesetipp

riert auch die Politik. Der Staat zieht sich aus seiner Verantwortung zurück und überläßt die wirtschaftliche Entwicklung den »Selbsteilungskräften des Marktes«. Hinzu kommt noch eine krisenverschärfende Wirtschaftspolitik. Nach einer einzel- wie gesamtwirtschaftlichen Kritik rückt Heinz J. Bontrup, Professor für Wirtschaftswissenschaft in Gelsenkirchen, die Alternativen in den Mittelpunkt. Es geht ihm um eine demokratische Wirtschaft, die den allgemeinen Wohlstand erhöht und nicht nur den Reichtum einer kleinen Schicht.

Dieses Buch ist auch ein Nachschlagewerk für interessierte GewerkschafterInnen und Betriebsräte. Es ist durchaus geeignet, um Argumentationshilfen für die täglichen Diskussionen im Betrieb zu bekommen. Der Text ist aber nicht leicht zu lesen, sondern erfordert schon eine gewisse Beharrlichkeit beim Lesenden.

Heinz-J. Bontrup
Arbeit, Kapital und Staat
PapyRossa Verlag
ISBN: 3-89438-326-7
Preis: 24,80 Euro

Die Geschichte der Fußball Weltmeisterschaften

Die Weltmeisterschaft in Deutschland hat irgendwie alle berührt und es sind schon einige Bücher darüber erschienen. In diesem Buch haben die beiden Autoren eine Geschichte der Weltmeisterschaften zusammengestellt, in der natürlich auch die WM von 2006 nicht fehlt. Alle 17 Turniere werden ausführlich geschildert und mit tollen Fotos illustriert. Doch nicht nur Spielberichte sind zu finden, so erfährt man etwas darüber, wie der erste Fußballverein in Italien gegründet wurde, vor welchem Hintergrund die WM in Argentinien stattgefunden hat und was Fußball mit dem Kapitalismus verbindet. Auch Anekdoten werden in die Berichterstattung eingebaut,

Lesetipp



so z. B. die Anschuldigung gegen den englischen Nationalspieler Bobby Moore, dass er Juwelen geklaut haben sollte.

Eine etwas andere Geschichte der Weltmeisterschaften aber gerade deshalb um so spannender und lesenswerter.

Die Geschichte der Fußball Weltmeisterschaften
Dietrich Schulze-Marmeling und Hubert Dahlkamp
Verlag: Die Werkstatt
Preis: 26,90 Euro
ISBN: 3-89533-531-2

Ein kleines Stück Freiheit – Eine Kindheit in Ramallah

Gerade ist der Krieg zwischen Israel und der Hisbollah beendet, der Konflikt besteht jedoch weiter. Der Roman von Elizabeth Laird zeigt eindringlich auf, welche Konsequenzen der Konflikt zwischen Israel und den Palästinenser auf Jugendliche hat. Karim wächst in Ramallah auf und wird wie sein Bruder von diesem Konflikt geprägt. »Wenn der 12-jährige Karim in seiner Heimatstadt Ramallah Fußball spielen will, muss er auf die Unterbrechung der Ausgangssperre warten.« Er lernt Hopper kennen, der im Flüchtlingslager wohnt. Gemeinsam mit Joni, der beste Freund von Karim, versuchen sie sich ei-

Lesetipp

nen Platz zum Fußball spielen herzurichten. Eines Abends werden sie auf »ihrem« Platz von israelischen Panzern überrascht und Karim kann nicht mehr fliehen. In einem alten Autowrack, muss er sich vor den Israelis verstecken. Noch nie hat Karim in solch einer Gefahr geschwebt.

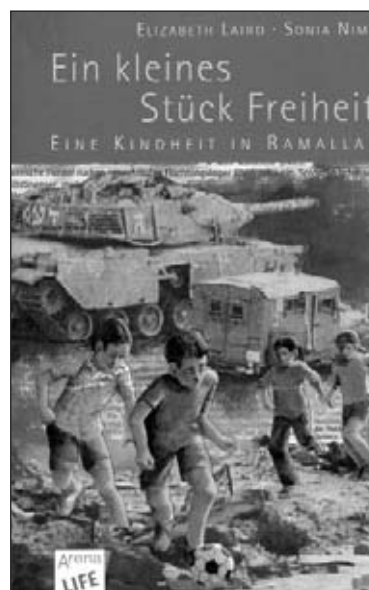
Diese sehr eindringliche Geschichte macht deutlich, warum es so schwer ist, diesen Konflikt zu lösen. Jedes noch so kleine Stück Freiheit, hier der Fußballplatz, muss schwer erkämpft werden. Das es mehr als nur eine Konfliktlinie gibt wird auch klar. So wird Karim davor gewarnt, Kontakt zu den Menschen im Flüchtlingslager aufzunehmen.

Sehr hilf- und lehrreich ist, dass Nachwort. Hier wird noch einmal die historische Entwicklung aufgezeigt und die Ursache des Konfliktes politisch dargestellt.

Ein bemerkenswertes Buch, was nur jedem empfohlen werden kann und was heute aktueller ist als je zuvor.

»Es gibt keinen Weg zum Frieden, Der Frieden ist der Weg« Mahatma Gandhi

Elizabeth Laird
Ein kleines Stück Freiheit
ARENA Life
Preis: 7,90 Euro
ISBN: 3-401-02720-4



GROSS

am 21. Oktober in Berlin

DEMO